

Der direkte Draht

Plauen – Berlin

Ausgabe 9

1. Oktober 2009

FDP



im Deutschen Bundestag

Themen in dieser Ausgabe:

Bundestagswahl: Das Vorher und das Nachher

Politische Bildungsreise nach Berlin

Diskussion um Stadumbau: Wohnen in der Innenstadt muss attraktiver werden

FDP-Fraktion im Internet gut aufgestellt

Zug der Freiheit: Ein Vorbote der Deutschen Einheit

Schwarz-gelbe Landesregierung nimmt in Sachsen Arbeit auf: Morlok und Martens FDP-Minister

Guido Westerwelle bleibt Chef der FDP-Fraktion



Mit 14,6 Prozent (+4,7) erreichte die FDP ein historisches Rekordergebnis bei der Bundestagswahl. Die Union kommt auf 33,9 Prozent, so dass das Bilden einer schwarz-gelben Regierung möglich ist. "Ich freue mich sehr über das sehr gute Abschneiden meiner Partei", sagt Joachim Günther. "Der Wählerauftrag ist klar. Wir müssen jetzt versuchen, so viele Punkte wie möglich aus unserem Programm im Koalitionsvertrag mit der Union festzuschreiben." Das Wichtigste, so Joachim Günther, sei das Durchsetzen des liberalen Steuerkonzeptes. Sollte das nicht gelingen, werde er einem Koalitionsvertrag mit CDU/CSU nicht zustimmen.

Bereits für den 28. September hatten alle Parteien Fraktions-

sitzungen einberufen. Es waren gemeinsame Sitzungen der alten und neuen Fraktionen. Im FDP-Fraktionssaal war auch Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher anwesend, der mit Florian Bretschneider den jüngsten Abgeordneten des 17. Bundestages begrüßen konnte. Auch die jüngste Teilnehmerin an einer Fraktionssitzung befand sich im Fraktionssaal der Liberalen. Die Neuabgeordnete Judith Skudelyn war erst vor drei Monaten zum zweiten Mal Mutter geworden und hatte ihr Töchterchen mit zur Fraktionssitzung gebracht.

Mit 93 Abgeordneten wird es jetzt eng im Fraktionssaal der FDP. Sie stellt nach der Bundestagswahl die drittgrößte Fraktion. Unter den 93 Abgeordneten der neuen Fraktion sind 40 frischgebackene Parlamentarier, unter ihnen auch der Sachse Reiner Deutschmann. Acht Frauen und Männer, die während der 16. Legislaturperiode zur FDP-Fraktion gehörten, scheiden nun aus.

Während der zweiten Fraktionssitzung am 29. September wurde Parteichef Guido Westerwelle



auch in das Amt des Fraktionschefs wieder gewählt. Das sei die beste Rückendeckung für die bevorstehenden schwierigen



Verhandlungen bezüglich des Koalitionsvertrages, freute sich Westerwelle.

Alle ostdeutschen Abgeordneten, einschließlich Berlin haben sich zu einer Ländergruppe zusammengeschlossen. Die 14 Abgeordneten wählten Joachim Günther einstimmig zu ihrem Vorsitzenden. Günther möchte in der neuen Legislaturperiode



Joachim Günther feierte am Wahlabend mit seinen Parteifreunden in Plaunens ältester Kneipe, der „Matsch“. Hier verfolgte er auch den Eingang der Einzelwahlergebnisse aus dem Vogtlandkreis.

Impressionen vom Bundestagswahlkampf im Vogtland



Informationsstände gab es im September in vielen Orten. Während des Plauener Herbstes zum Beispiel verteilten die Jungliberalen zusammen mit Joachim Günther blau und gelb leuchtende Armbänder an die Festbesucher. Natürlich war Joachim Günther auch in den Medien präsent. Das Vogtlandradio zum Beispiel sendete zwei Stunden Live-Diskussion der Bundestagsabgeordneten.



Die während des Wahlkampfes am häufigsten gestellten Fragen und Joachim Günthers Antworten:

Warum hat die FDP bei der Regierungskoalition in Sachsen so wenig Punkte aus ihrem Parteiprogramm durchgesetzt?

Weil wir bei der Landtagswahl - im Vergleich zur CDU - zu wenige Stimmen bekommen haben. Deshalb konnten wir nur 20 Prozent unserer Wünsche durchsetzen. Dazu gehört unter anderem, dass künftig nach Klasse 6 ein Übergang zum Gymnasium realistisch möglich ist. Die Lehrpläne von Mittelschulen und Gymnasien in den Klassen 5 und 6 werden angeglichen. Bislang war es so, dass ein Schüler, der nach Klasse 6 von der Mittelschule ans Gymnasium wechseln wollte, diese Klasse dort wiederholen musste, um zum Beispiel die zweite Fremdsprache zu lernen. Ziel der FDP war das gemeinsame Lernen bis Klasse 6 und grundsätzlich erst danach die Entscheidung für Mittelschule und Gymnasium. Ein erster Schritt ist also getan.

Warum ist die FDP gegen den Ausstieg aus der Atomenergie?

Deutschland ist zu rund 80 Prozent von Energieimporten abhängig. Wer sich vor politischer Erpressung schützen will, der darf sich nicht einseitig abhängig machen. Nahe-

zu alle Staaten um Deutschland herum haben das erkannt und setzen deshalb neben der Kernenergie und erneuerbaren Energien auch weiter auf fossile Brennstoffe wie die Kohle. Deutschland verteuert die Kohle und will zusätzlich aus der Kernenergie aussteigen. Darüber freuen sich nur andere Staaten, zum Beispiel die Russen, weil sie ihre Kernkraftanlagen massiv ausbauen und ihre Gas teuer nach Deutschland verkaufen können. Auch Franzosen und Schweizer profitieren, weil Deutschland deren Kernenergiestrom künftig importieren wird.

Die sich aus dem Betreiben von Atomkraftwerken ergebenden Risiken bleiben (das hat Tschernobyl gezeigt) Deutschland also auch nach dem Ausstieg aus der Atomenergie im eigenen Land. Nur haben wir dann keinen Einfluss mehr darauf, bei welcher Art von Störfall ein Kraftwerk sofort abgeschaltet wird, wie das gegenwärtig noch der Fall ist.

Ist es nicht ungerecht Studiengebühren zu erheben, weil die ja doch nur von Kindern reicher Eltern gezahlt werden können?

Das Grundstudium soll kostenlos sein. Dass Ewig-Studenten Studiengebühren zahlen müssen, finde ich gerecht. Die FDP favorisiert einen anderen Weg als die politischen Gegner. Wir

wollen ein Stipendiensystem aufbauen, dass auch Kindern aus armen Familien ein Studium ermöglicht. Erhaltene Stipendien oder BaföG zurückzahlen zu müssen, finde ich in Ordnung. Schließlich profitiert man ja auch von einem abgeschlossenen Studium in Form eines guten Gehalts. Außerdem sollte jeder bedenken, dass es nicht nur den Gleichheitsgrundsatz zwischen Arm und Reich zu bedenken gilt. Die Beträge, die zum Beispiel für Meisterlehrgänge zu zahlen sind, sind weit fünfstellig.

Warum will die FDP keinen Mindestlohn?

Wir denken, dass ein Mindestlohn zum Verlust von Arbeitsplätzen führen würde. Wenn zum Beispiel eine Friseurin nicht mehr vier, sondern acht Euro pro Stunde verdienen würde, würde das auf den Kunden umgelegt. So mancher könnte sich dann vielleicht den regelmäßigen Gang zum Friseur nicht mehr leisten. Die Folge: Die Unternehmer müssten Angestellte entlassen. (Ich weiß, dass das Beispiel mit den Friseuren hinkt, weil diese ja zum Gehalt auch noch Trinkgelder bekommen.)

Deshalb ist die FDP dafür, die Lohnnebenkosten sowie die Steuern- und Abgabenlast zu senken. Der, der arbeitet, muss am Ende mehr Geld in der Tasche haben als der, der

nicht arbeitet. Wenn ein Arbeiter/Angestellter brutto 4 Euro bekommt, muss der Arbeitgeber ja mehr als die Hälfte ausgeben. Das muss sich ändern. Beim Arbeitnehmer muss mehr Geld ankommen. Und er muss von seinem Brutto netto mehr übrig behalten. Dazu hat die FDP ein neues Steuermodell ausgearbeitet, mit dem eine vierköpfige Familie überhaupt erst ab einem Gesamteinkommen von jährlich 41000 Euro Steuern zahlen müsste. Das würde die Kaufkraft erhöhen und die Binnenwirtschaft ankurbeln, würde also für Wachstum und Arbeitsplätze sorgen, wovon wiederum der Staat profitiert. Der Staat würde damit quasi in sich selbst investieren.

Ist die FDP für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan?

Aus FDP-Sicht ist über einen schnellstmöglichen Abzug zu verhandeln. Ein sofortiger Abzug aber ist unmöglich. Damit würde nicht nur die Sicherheit der afghanischen Zivilbevölkerung, sondern auch die unserer Soldaten gefährdet. Sie wissen, ich habe - anders als die Mehrzahl der FDP-Fraktion - immer gegen Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan gestimmt, weil mir ein Gesamtkonzept fehlte. Nun aber müssen wir gemeinsam mit den Verbündeten ein Konzept für einen geordneten Rückzug aus Afghanistan erarbeiten.

42 Vogtländer besuchen Reichstag und Joachim Günther



42 Vogtländer nahmen auf Einladung Joachim Günthers vom 2. bis 4. September an einer Politischen Bildungsreise in die Hauptstadt teil. Dabei besichtigten sie nicht nur den Reichstag und trafen dort Joachim Günther, sondern sie wurden auch durch das Deutsch-Russische Museum in Karlshorst geführt. Der Deutsche Dom auf dem Gendarmenmarkt mit seiner Ausstellung "Wege, Umwege" war ein Ziel während der mehrstündigen Stadtrundfahrt. Für alle ein besonderes Erlebnis: die Dampferfahrt auf der Spree.

Termine

- 2./3. Oktober 2009**
Sommer-Grand-Prix im Skispringen in der Vogtland-Arena Klingenthal
Training/Qualifikation am Freitag ab 16 Uhr
Wertungsspringen Samstag
- 6. Oktober 2009**
Mitteldeutscher Unternehmertag in Leipzig
- 6. Oktober 2009, 18 Uhr**
Ausstellungseröffnung: 20 Jahre friedliche Revolution (Sparkasse Komturhof Plauen)
- 7. Oktober 2009**
Bundespräsident Horst Köhler besucht Plauen und das Vogtland
- 7. Oktober 2009, 19.30 Uhr**
Podiumsdiskussion „20 Jahre Wende/Stand der Deutschen Einheit“ - Ratssaal Plauen
- 8. Oktober 2009**
Kreistagssitzung

Diskussionsforum zum Thema Stadtumbau: Wohnen in der Innenstadt muss attraktiver werden

Stadtumbau ist ein Thema, das bei den großen Wahlkampf-Talkrunden vernachlässigt wurde. Deshalb ging der Wahlkampf nach Meinung von Fachleuten an den Problemen der Menschen vorbei. Auch Angelika Müller, Vorstandsvorsitzende der privaten Hausbesitzervereinigung „Haus und Grund“ in Westsachsen, vertritt diese Ansicht.

Weil große sächsische Städte (zum Beispiel Zwickau) pro Jahr 1000 Einwohner und mehr verlieren, nehme der Wohnungsleerstand in den Städten immer weiter zu. Das Überangebot von Wohnungen führe zu defizitären Preisen auf dem Immobilienmarkt. Das wiederum bedeute, dass Privateigentümer ihre Häuser nicht mehr ohne große Verluste verkaufen können oder sie gar nicht mehr los bekommen. Hinzu komme, dass durch die Leerstände die Nebenkosten weiter steigen - für Wasser/Abwasser, Müll,

Straßenreinigung. Nicht alle anfallenden Mehrkosten könnten auf die Mieter umgelegt werden. Dennoch würde Wohnen teurer, was sich wiederum nicht jeder leisten könne. Das führe zu Leerstand - vermehrt auch in sanierten Häusern.

Wer seine Wohnungen nicht vermieten und sein Haus nicht verkaufen könne, sich den Erhalt aber ebenfalls nicht leisten kann, der müsse die Immobilie zwangsläufig verfallen lassen. Das habe katastrophale Folgen für manches Stadtbild. Während einer Diskussionsrunde zum Thema Stadtumbau in Zwickau Anfang September sagte Joachim Günther, dass sich die Politik der Problematik bewusst sei. Allerdings gebe es keine Faustformel zur Beseitigung der Missstände. Aus seiner Sicht positiv ist in Sachen



Stadtumbau, dass viele nicht mehr vermietbare Plattenbauten, die zu DDR-Zeiten auf der grünen Wiese errichtet wurden, abgerissen werden. Angelika Müller forderte, dass bezüglich der Abriss-Subventionierung nicht nur Gesellschaften bedacht werden sollten, sondern durchaus auch Privatbesitzer. Joachim Günther ist dafür, wieder mehr Menschen in die Innenstädte zu locken. Das bedeute aber auch, dass ihnen Sanierungshilfen angeboten werden müssten.



FDP-Bundestagsfraktion im Internet präsent

Ob Youtube, Twitter, Facebook oder Flickr - die FDP-Bundestagsfraktion lädt Sie dazu ein, sich im so genannten "Web 2.0" über die Arbeit der FDP-Bundestagsfraktion zu informieren. In unserem **Twitterkanal** berichten wir in 140 Buchstaben über die aktuellsten Nachrichten aus der neuen Fraktion, darüber hinaus über Wissenswertes rund um die neuen 93 Abgeordneten. In unserer Bilderbank bei **Flickr** finden Sie Fotos aller FDP-Abgeordneten und können Aufnahmen vom Wahlabend und der ersten Fraktionssitzung anschauen. Auf **Youtube** bieten wir unseren Zuschauern im Internet eine gute Mischung aus Information und Unterhaltung. Im Sozialen Netzwerk **Facebook** lädt die FDP-Fraktion ein zur Information und Diskussion. Unter **fdp-fraktion.de** sind die neuesten Nachrichten aus der Fraktion abrufbar.

Das aktuelle Thema

ZUG DER FREIHEIT - EIN VORBOTE DER DEUTSCHEN EINHEIT

Als am 1. Oktober 1989 die in die Prager Botschaft geflüchteten DDR-Bürger in die Bundesrepublik ausreisen durften, begann auch der öffentliche unaufhaltsame Zerfall des DDR-Regimes. Die Ausreisewilligen wurden in Zügen transportiert, die durch das Vogtland nach Hof rollten. Tausende DDR-Bürger, die zurück bleiben mussten, säumten damals die Strecke, ließen sich vom Großaufgebot an Polizei und Staatssicherheit nicht abschrecken. Ich sehe die Szenen noch heute genau vor mir - jubelnde und auch viele weinende Menschen, im Wind flatternde DDR-Geldscheine. Denn natürlich war auch ich an der Strecke - am Bahnübergang Plauen-Haselbrunn, um den Flüchtlingszug zu sehen.

Eine aufwühlende Situation, die nur noch getoppt wurde durch die erste friedliche Demonstration in Plauen am 7. Oktober 1989. Ich konnte damals spüren: Es gibt eine Chance für die Freiheit, eine Chance für eine Wiedervereinigung Deutschlands.

Nun jähren sich die Ereignisse also zum 20. Mal. Unglaublich, wie die Zeit verfliegen ist. Ich freue mich sehr, als einer von vielen Baumeistern am Aufbau Ost mitwirken zu dürfen. In den ersten acht Jahren nach der Wende als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbauministerium, als Bundestagsabgeordneter, Mitglied des Ausschusses für Verkehr, Bau, Wohnungswesen. Es gibt noch viel zu tun. Doch gerade in diesen Tagen sollten wir uns erinnern, wie es vor 20 Jahren aussah in unseren ostdeutschen Landen. Die Häuser grau, die Straßen holprig, Abgasgestank wohin man auch kam. Freie Meinungsäußerung war unmöglich. Es ist viel geschafft und viel geschaffen worden. Daran sollten wir uns freuen. Und wir sollten daraus Kraft und Zuversicht schöpfen, um die neuen Aufgaben anzupacken.

IHR JOACHIM GÜNTHER

Morlok und Martens neue Staatsminister im Freistaat



Der FDP-Landtagsabgeordnete Sven Morlok ist neuer Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie stellvertretender Ministerpräsident; der FDP-Landtagsabgeordnete Dr. Jürgen Martens ist neuer Staatsminister der Justiz und für Europa. Beide Politiker nahmen am 30. September 2009 ihre Ernennungsurkunden von Sachsens Ministerpräsidenten, Stanislaw Tillich, entgegen. Dazu erklärt Holger Zastrow, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag und der FDP Sachsen:

"Mit Sven Morlok und Dr. Jürgen Martens schiebt die FDP Sachsen zwei ihrer profiliertesten Vertreter ins neue Kabinett. Beide Politiker sind meine persönlichen Wunschkandidaten und genießen das vollste Vertrauen der FDP Sachsen und ihrer Landtagsfraktion. Beide werden am Kabinetttisch an der Seite ihrer CDU-Kollegen eine deutliche liberale Handschrift in die

Regierungsarbeit im Freistaat einbringen.

Auch wenn beide FDP-Minister keine gebürtigen Sachsen sind - sie haben seit der Wende ihren persönlichen, familiären und beruflichen Lebensmittelpunkt im Freistaat gefunden und seither das gesellschaftliche und politische Leben in Sachsen mitgestaltet. Beide Politiker kommen zudem direkt aus einer erfolgreichen beruflichen Praxis in ihr Ministeramt, sind zuvor keine Berufspolitiker gewesen.

Sven Morlok ist ein anerkannter Wirtschaftsfachmann, der seit der Wiedervereinigung im Freistaat in verschiedensten Positionen für und in der sächsischen Wirtschaft gearbeitet hat. Die Führung eines international tätigen Unternehmens mit fast 500 Mitarbeitern ist ihm ebenso vertraut wie der sächsische Mittelstand. Zuletzt hatte Morlok neben seiner Abgeordnetentätigkeit als Geschäftsführender Gesellschafter ein mittelständisches Unternehmen in Leipzig geleitet. Als Landeschatzmeister verantwortet er maßgeblich die finanzielle Konsolidierung der FDP Sachsen.

Als Vorsitzender der FDP Leipzig und der dortigen FDP-Stadtratsfraktion führt er Liberalen in der größten Stadt Sachsens mit Erfolg.

Dr. Jürgen Martens ist als profilierter Innen- und Rechtspolitiker ebenso bereits aus eigener Berufserfahrung mit seinem Politikfeld in der Staatsregierung vertraut. Seit 1990 hat er nicht nur seine Familie, sondern auch seine berufliche Existenz in Sachsen begründet, hat in Meerane als selbständiger Rechtsanwalt eine namhafte Kanzlei aufgebaut. In der FDP Sachsen ist er seit 2001 der Chefprogrammatiker der Partei."

Der Sächsische Landtag hat am Dienstag den Chemnitzer Abgeordneten Prof. Dr. Andreas Schmalfuß zu einem der drei stellvertretenden Landtagspräsidenten gewählt. Damit bekleidet erstmals ein FDP-Politiker dieses hohe Amt im Freistaat Sachsen. Prof. Dr. Schmalfuß wurde am 27. Juli 1966 in Zwickau geboren, ist stellvertretender Landesvorsitzender der FDP Sachsen und seit 2004 Mitglied des Sächsischen Landtages. Schmalfuß ist geschieden und lebt mit seiner Lebensgefährtin in Chemnitz.